



SPD

Reken



orts : gespräch

Gemeinsam Reken gestalten

Impressum

ViSdP:

Diane Inholte
Fasanenweg 4
48745 Reken

Redaktion:

Detlev Inholte
Willi Niewerth
Gisela Raupach
Andreas Zander
Tobias Zobel

Bei Fragen wenden Sie
sich gerne an:
ZanderAndreas@web.de

Stand: April 2017

Wir sind anders!

Andreas Zander – Fraktionsvorsitzender der
SPD im Rat der Gemeinde Reken
Wagnerring 5, 48734 Reken
Telefon: (02864) 881760
E-Mail: ZanderAndreas@web.de



Liebe Rekenerinnen, Liebe Rekener,

Sie werden sich vielleicht fragen:

Ein „Blättchen“ von der **SPD**? Was soll das? Ist das nötig? Ist schon wieder Kommunalwahlkampf? Die Parteien sind doch sowieso alle gleich ...

Mit diesem „Ortsgespräch“ möchten wir Sie vom Gegenteil des vorhergegangenen Satzes überzeugen.

Wir sind anders!

Die **SPD** in Reken unterscheidet sich in sehr vielen Punkten von Bürgermeister und CDU. Einige davon möchten wir Ihnen in diesem Ortsgespräch näherbringen, um Ihr Feedback und bestenfalls um Ihre Unterstützung bitten.

Gleich am Anfang also meine Bitte: Mischen Sie sich ein, sprechen Sie mit uns, üben Sie Kritik! Über unsere Internetseite **www.spdreken.de**, über **SPD** Reken auf Facebook oder persönlich ist ein Kontakt zu den Mitgliedern der **SPD** im Gemeinderat und zu unseren Sachkundigen Bürgern umgehend möglich. Auch auf unseren Fraktionssitzungen mitzudiskutieren sind Sie herzlich eingeladen.

Reken wird stark durch Entscheidungen auf Landes- oder Bundesebene beeinflusst. Daher möchten wir Sie auch auffordern die Landtags- und den Bundestagswahlen zu nutzen. Wählen Sie, entscheiden Sie mit, beeinflussen Sie die Wahlen in Richtung der Politik, die Ihre Idee von Ihrem Leben am besten unterstützt. Ein kleiner Baustein zu Ihrer Entscheidung soll das Portrait unseres **SPD**-Landtagskandidaten Hermann-Josef Vogt bilden. Erfahren Sie etwas über den Menschen, der Ihre Interessen im Landtag vertreten möchte.

Auf Bundesebene gibt es zurzeit nur ein Thema: Martin Schulz! Wir nehmen ihn als authentischen Menschen wahr, dem wir zutrauen endlich wieder gerechtere Entscheidungen zu treffen. Auch für sozial Schwache und aber auch für die Mehrheit von uns ... Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Vielen Dank für Ihr Interesse und nun viel Spaß bei der Lektüre!

AKTIVE INFORMATION & BETEILIGUNG DER BÜRGERINNEN UND BÜRGER



Die **SPD** Reken fordert in verschiedenen Bereichen des Handels und der Planungen der Verwaltung eine aktivere Bürgerinformationspolitik.

Besonders bei der Neuaufstellung und Änderung größerer Bebauungspläne v. a. in den sensiblen Innenbereichen der fünf Gemeindeteile Rekens sieht die **SPD** hier zunehmend große Defizite. Die „gesetzlichen“ Regelungen zur Beteiligung der Öffentlichkeit sieht die **SPD** Reken hier seit langem schon als nicht ausreichend an. So sieht das Baugesetzbuch (BauGB) bei der Neuaufstellung und Änderung von Bebauungsplänen eine aus Sicht der **SPD** Reken nur sehr passive Bürgerbeteiligung vor: Die Entwürfe von Bebauungsplänen sind nach § 3 Abs. 2 des BauGB für den Zeitraum eines Monats öffentlich (zumeist im Rathaus) auszulegen. Die Information hierüber ist lt. dem Baugesetzbuch mindestens eine Woche vorher „ortsüblich bekannt“ zu machen.

Für die Bürgerinnen und Bürger, die nicht in direkter Nähe wohnen, hat dieses Vorgehen – rein auf Basis der gesetzlichen Vorgaben – zur Konsequenz, dass sie ins Rathaus kommen müssen, um sich über die geplanten Änderungen in direkter Nachbarschaft informieren lassen zu können bzw. diese erläutert zu bekommen.

Mittlerweile ist es in den meisten Fällen so, dass die Verwaltung der Gemeinde Reken zumindest die direkt angrenzenden Grundstückseigentümer über die beabsichtigte Änderung oder Neuaufstellung eines Bebauungsplanes von sich aus informiert. Dieses ist vor allem auf die jahrelangen, beharrlichen Forderungen seitens der **SPD** Reken in den politischen Gremien und über die Medien zurückzuführen.

Die **SPD** Reken fordert seit längerem und regelmäßig die Durchführung von Informationsveranstaltungen für interessierte Bürgerinnen und Bürger im Vorfeld größerer Bebauungsplanänderungen und/oder -aufstellungen. Dies versteht die **SPD** Reken unter einer aktiven Bürgerinformationspolitik.

Kritische Beispiele aus der jüngeren Zeit sind die Änderungen der Bebauungspläne Nr. 129 „Heidener Straße“ im Ortsteil Groß Reken und Nr. 304 „Elisabethstraße“ im Ortsteil Bahnhof Reken.

So wird z. B. die bereits beschlossene Änderung des Bebauungsplanes Nr. 129 „Heidener Straße“ in Groß Reken und die damit verbundene großflächige Wohnbebauung mit mehreren Dutzend Wohnhäusern das

Ortsbild im nordwestlichen Teil Groß Reken deutlich verändern. Die **SPD** Reken sah aufgrund der geräumigen Auswirkungen auf das Ortsbildgefüge von Groß Reken ein großes Informationsbedürfnis seitens der Bürgerinnen und Bürger und hatte im Rahmen der politischen Beratungen zu dem Bebauungsplan dringend eine Bürgerinformationsveranstaltung dafür gefordert. Diese Forderung wurde von Seiten des Bürgermeisters und der CDU-Fraktion mit dem Hinweis abgelehnt, dass „interessierte Bürgerinnen und Bürger in Reken ins Rathaus kämen, um sich zu informieren. Eine Informationsveranstaltung ist deshalb nicht notwendig und außerdem gesetzlich nicht vorgeschrieben“.

Die Änderung des Bebauungsplans Nr. 304 „Elisabethstraße“ in Bahnhof Reken betrifft einen sensiblen Innenbereich des Ortsteils und umfasst ortsbildprägende und den Bürgern vertraute Gebäude wie das Pfarrhaus und das Pfarrheim der benachbarten St.-Elisabeth-Kirche. Die **SPD** Reken hat sich sehr intensiv mit dieser Bebauungsplanänderung befasst und viele Gespräche mit den betroffenen Anwohnern geführt. Bis zum Satzungsbeschluss sind den politischen Vertretern der Gemeinde und der Bevölkerung von Seiten der Verwaltung keine Planungen über eine konkrete Folgenutzung mitgeteilt worden. Dieses Vorgehen hat in Konsequenz eine deutliche Verunsicherung der betroffenen Anwohner zur Folge. Die Gründung einer Bürgerinitiative zum Erhalt des Pfarrhauses, die Sammlung von Unterschriftslisten (mit 212 Unterschriften) gegen die Bebauungsplanänderung sowie das Anrufen des Petitionsausschusses des Landtages NRW in dieser Angelegenheit zeigen sehr deutlich, wie groß das Informationsbedürfnis der Bürgerinnen und Bürger zur Änderung dieses Bebauungsplanes sind.

Und wie reagiert die Verwaltung darauf? Auch bei dieser Bebauungsplanänderung lehnt sie – zusammen mit der CDU-Fraktion – die vehemente Forderung nach einer Bürgerinformationsveranstaltung durch die **SPD** Reken mit dem Hinweis ab, dass das gesetzlich vorgeschriebene Verfahren (nach dem BauGB) bei der Änderung dieses Bebauungsplans eingehalten worden ist. Eine weitergehende Beteiligung der Öffentlichkeit ist gesetzlich nicht notwendig und daher nicht vorgesehen.

Diese zwei Beispiele zeigen deutlich die unterschiedlichen Sichtweisen zwischen der CDU-geführten Verwaltung und der **SPD** Reken auf: Während die Verwaltung auch noch im Jahre 2017 davon ausgeht, dass die auf Basis des BauGB gesetzlich vorgeschriebene passive Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger vollkommen ausreichend ist, sieht die **SPD** Reken es als notwendig und zielführend an, die Bürgerinnen und Bürger in der heutigen Zeit aktiv (z.B. im Rahmen von Bürgerinformationsveranstaltungen) über größere Bebauungsplanänderungen zu informieren.

In benachbarten Städten und Gemeinden des Münsterlandes und des benachbarten Ruhrgebietes sind Bürgerinformationsveranstaltungen zu verschiedensten Themen schon seit vielen Jahren ein bewährtes und zielführendes Instrument der Verwaltungen, um interessierten Bürgerinnen und Bürgern das Gefühl zu geben, dass sie über die verschiedenen Planungen der Verwaltung informiert und somit aktiv daran beteiligt werden.

Wie viel Zeit muss noch vergehen bis es in der Gemeinde Reken endlich soweit ist?

DIE SACHE MIT DER LED-STRASSENBELEUCHTUNG

Bereits am 01.12.2015 hatte die **SPD**-Fraktion im Rat der Gemeinde Reken die Erstellung eines Straßenbeleuchtungskonzeptes für die gesamte Gemeinde beantragt, welches erwartungsgemäß von der Mehrheitsfraktion und Bürgermeister abgelehnt wurde. Hierbei ging es darum, die Beleuchtungssituation in Reken insgesamt zu verbessern und komplett auf energiesparende LED-Technik umzustellen.

Viele Kommunen haben auf LED-Straßenbeleuchtung umgestellt und hierbei verschiedene Förderprogramme genutzt. In der Ratssitzung vom 22.09.2016 teilte Bürgermeister Manuel Deitert mit, dass in Reken 102 Straßenleuchten auf LED umzurüsten und hierfür Fördermöglichkeiten zu nutzen. Für uns konnte dies nur der erste Schritt sein. Die **SPD** verfolgte mit dem Antrag auf ein Beleuchtungskonzept mehrere Ziele:

- **die Stromkosten weiter zu senken**
- **die Umwelt zu schonen**
- **die Ausleuchtungssituation in einigen Bereichen unserer Gemeinde zu verbessern und damit die Sicherheit zu erhöhen**

Unser Vorschlag zu einem Gesamtkonzept wurde erneut sowohl von der Gemeindeverwaltung, als auch von der CDU-Fraktion abgelehnt. Das Thema wurde in mehreren Leserbriefen und auf der Facebook Seite der **SPD**-Reken immer wieder andiskutiert, teilweise weit von einer sachlichen Auseinandersetzung entfernt.

Um sich wieder in eine sachliche Diskussion zu begeben, gab es am 6. März dann eine Fraktionssitzung unter Beteiligung von Bürgermeister Deitert. Er brachte einige neue Informationen mit, die eine gemeinsame sachliche Beurteilung des Themas möglich machten. Bereits im Jahr 2015 wurden durch die Verwaltung alle Leuchten in Reken mit Bild, technischen Daten und Verbrauch erfasst und in ein GIS-System eingepflegt. Ergebnis der folgenden sachlichen Diskussion der Fraktionssitzung war folgendes:

Die Umstellung der ersten 102 Peitschenleuchten ist bereits angelaufen und wird umgehend abgeschlossen. Die restlichen Peitschenleuchten (288 Stück) können aufgrund eines laufenden Wartungsvertrages erst ab dem 2. Quartal 2019 umgestellt werden. Diese Umstellung wird nun eingeplant und soll dann auch zum nächst möglichen Zeitpunkt erfolgen. Die restlichen Leuchten sind mit Niedrigenergieleuchtmitteln ausgerüstet. Eine Umstellung auf LED amortisiert sich mit der heutigen Technik erst nach über 40 Jahren. Die Umrüstung dieser Leuchtmittel wird daher zurückgestellt.



Ein weiterer Punkt wurde in diesem Zusammenhang noch angesprochen. Nach Ansicht der **SPD** gibt es in Reken viele sehr schlecht ausgeleuchtete Stellen. Die Verwaltung sieht dies in einigen Fällen auch so, hat diese Situation aber wie folgt erklärt. Es gibt in vielen Baugebieten immer noch Baulücken. Dort werden grundsätzlich die in den Lücken fehlenden Laternen erst aufgestellt sobald die Bebauung erfolgt. Die Einigung mit den Anwohnern über die Standorte von Laternen stellt insgesamt eine große Herausforderung dar. Viele Anwohner möchten keine Laterne direkt vorm eigenen Haus haben, da dies in die Räume des Hauses leuchten würde. Die **SPD** sieht aber trotzdem Handlungsbedarf an vielen Stellen unseres Gemeindegebietes. Bürgermeister Deitert hat zugesagt, Anfragen auf mangelnde Beleuchtung zu prüfen und

bei Bedarf für Abhilfe zu sorgen. Bitte nutzen sie diese Möglichkeit. Gerne können sie diesen Bedarf auch über die **SPD**-Fraktion an die Verwaltung herantragen.

Es geht also voran mit der Verbesserung der Beleuchtungssituation in Reken. Es gibt nun eine Perspektive für die Umrüstung sämtlicher Peitschenleuchten auf LED. Wir gehen davon aus, dass sich die Wirtschaftlichkeit der Umrüstung der anderen Laternen in Reken in wenigen Jahren wesentlich besser darstellt. Die LED-Technik wird weiter optimiert und noch günstiger werden, dann wird sich bald auch die Umrüstung der restlichen Leuchtmittel rechnen.

Wir bleiben bei dem Thema am Ball!

FERIENHAUS

Mit dem Ferienhaus der Gemeinde Reken soll es ab dem Sommer 2017 ein Betreuungsangebot von Kindern berufstätiger Eltern in den Ferien geben.

Das Ferienhaus soll während der gesamten Ferienzeit in NRW und an beweglichen Ferientagen der Michaelschule in der Zeit von 07:30 bis 16:30 Uhr geöffnet werden.

Die gewährleistete Betreuung der Kinder von berufstätigen Eltern, alleinerziehenden Müttern oder Vätern, wird von der **SPD** Fraktion ausdrücklich begrüßt.

Damit wird für betroffene Familien ein enormer Druck genommen, eine verlässliche Betreuung zu finden. Das ist ein richtiger Schritt in Richtung familienfreundliche Gemeinde.

Den Beschluss im Gemeinderat vom 14.12.2016, über die Einrichtung eines Ferienhauses, konnten wir als **SPD** Fraktion voll und ganz zustimmen.

Der Satzung über die Erhebung von „Elternbeiträgen“ für das Familienhaus der Gemeinde Reken konnte die **SPD** Fraktion NICHT mittragen.



Der Beitrag in Höhe von 204,00 € haben alle Eltern zu entrichten, egal ob es ein alleinerziehender Elternteil mit geringem Einkommen ist, oder ob es um wirtschaftlich leistungsfähigere Eltern mit sehr hohen Jahreseinkommen geht.

Diese soziale Ungerechtigkeit können wir als **SPD** nicht einfach so hinnehmen.

Für KiTa-Beiträge, können Gemeinden in NRW sog. „Elternbeiträge“ erheben.

Dabei hat die Gemeinde nicht nur die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit (Betreuungszeit) der Eltern zu berücksichtigen, sie ist vielmehr auch verpflichtet „eine soziale Staffelung vorzusehen“. Unterschiedliche Beitragsstufen sind bei KiTa-Beiträgen unter sozialen Gesichtspunkten festzulegen.

Diese sehr begrüßungswerten Zielsetzung wird bei den Beiträgen des Ferienhauses leider nicht gefolgt.

Die **SPD** Reken fordert deshalb weiter vom Bürgermeister, die Beiträge für das Ferienhaus auf den Boden der sozialen Gerechtigkeit zu stellen und eine einkommensabhängige Staffelung einzuführen!

WENIG AUFWAND – MEHR ENTSCHÄDIGUNG?



Das neue „Landesgesetz zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung vom 15. November 2016 regelt unter anderem, dass Vorsitzende von Ausschüssen des Rates, mit Ausnahme des Wahlprüfungs- und des Hauptausschusses, eine zusätzliche monatliche Aufwandsentschädigung erhalten. Neben der Aufwandsentschädigung als Ratsmitglied bekämen dann die Ausschussvorsitzenden zusätzlich 211 Euro im Monat.

Der Gesetzgeber will damit „den erhöhten Arbeitsaufwand der Ausschussvorsitzenden in den Räten und Kreistagen angemessener berücksichtigen“, so die Begründung. Dass das Gesetz Anreize schaffen soll, ehrenamtliche politisch aktive Menschen zu gewinnen, sei zu begrüßen.

„Allerdings halten wir die zusätzliche Aufwandsentschädigung bei ein bis zwei Sitzung im Jahr für überzogen“, so Andreas Zander, **SPD** Fraktionsvorsitzender. Dies sind der Rechnungsprüfungsausschuss, der einmal im Jahr tagt, sowie der Schul-, Jugend-, Kultur- und Sportausschuss der Gemeinde Reken, der in letzten Jahren maximal zweimal pro Jahr getagt hat. Der **SPD**-Chef sieht auch keinen wesentlich erhöhten

Arbeitsaufwand. Zander: „Jedes Ratsmitglied, wie auch der Ausschussvorsitzende, bereitet sich gleichermaßen auf eine Sitzung vor.“ Der oder die Vorsitzende stimme die Tagesordnung mit dem Bürgermeister ab und übernehme Leitung und Moderation der Sitzungen. „Dies rechtfertigt keine zusätzliche Entschädigung“. 2.500 Euro extra für ein bis zwei Sitzungen im Jahr sei den Bürgern nicht zu vermitteln, auch im Hinblick auf die vielen Ehrenamtlichen, die in Vereinen, Kirche und karitativen Einrichtungen, in der Flüchtlingshilfe oder Feuerwehr tätig sind.

Anders sieht es die **SPD** Fraktion beim Planungs-, Umwelt- und Bauausschuss der Gemeinde Reken. Durch die wesentlich höhere Sitzungshäufigkeit, ist hier eine zusätzliche Aufwandsentschädigung zu rechtfertigen. Auch begrüßt die **SPD** Reken ausdrücklich die Absicht des Gesetzes das kommunale Ehrenamt zu stärken. Die **SPD** Fraktion beantragt deshalb die Vorsitzenden des Schul-, Jugend-, Kultur- und Sportausschusses und des Rechnungsprüfungsausschusses von der Zahlung der zusätzlichen Aufwandsentschädigung auszunehmen und diese nur für den Vorsitz des Planungs-, Umwelt- und Bauausschusses zu zahlen.

DAS LEBEN UNSERER ANTRÄGE

Anträge geben einen Eindruck über die Themen und Ziele der Rekener **SPD**. Wir greifen dabei viele Anregungen von Rekener Bürger und Bürgerinnen auf, die uns sinnvoll für Reken erscheinen, stellen dazu Anträge an die Gremien der Gemeinde Reken. Wir wollen ihnen hier einen Überblick geben über einige Anträge, die **SPD** Fraktion im Rekener Rat gestellt hat und was aus ihnen geworden ist.

Viele Themen warten jedoch noch auf die Gunst der Stunde. Wann gibt es dafür eine Mehrheit oder stellen wir den Antrag doch, obwohl wir genau wissen, dass er häufig abgelehnt wird? Wir stellen ihn dann, um ein Thema zu setzen oder in der Hoffnung, auch die Köpfe der Mehrheitsfraktion zu erreichen, um später vielleicht Erfolg zu haben.

SPD Antrag im Juni 2016

Erstellung eines Gutachtens zur Neugestaltung der Hauptstraße in Groß Reken

Die **SPD** Reken meint: die Verkehrssituation in der Hauptstrasse muss dringend verbessert werden.

✗ Abgelehnt durch die CDU und Bürgermeister

SPD Antrag Dezember 2016

Sozialgestaffelte Gebühren fürs Ferienhaus

Soll der Millionär genausoviel wie der Geringverdiener für die Betreuung der Grundschulkinder im Ferienhaus bezahlen? Die **SPD** Reken findet das nicht gerecht, und stellte den Antrag, die Gebühren sozial zu staffeln

✗ Abgelehnt durch die CDU und Bürgermeister

SPD Antrag Dezember 2016

Anpassung der OGS Gebühren an die kreisweit geltenden Kindergarten gebühren

Eltern mit einem Jahreseinkommen von über 70.000 € zahlen im Vergleich zur kreisweit geltenden Kindergartengebühr in Reken 210€ pro Jahr weniger. Die einseitige Begünstigung der Besserverdienenden findet die **SPD** Reken nicht gerecht. Die **SPD** stellte den Antrag die Gebühren anzugleichen

✗ Abgelehnt durch die CDU und Bürgermeister

SPD Antrag Mai 2016

Bürgerversammlungen zur Information über das Baugebiet an der Heidener Straße

Unsere Anregung in einer Versammlung Rekener Bürger und Bürgerinnen über das flächenmäßig große Baugebiet an der Heidener Straße zu informieren wurde nicht umgesetzt. Bürgernahe Politik sieht unserer Meinung nach anders aus

✗ Der Bürgermeister wollte nicht!

SPD Antrag Dezember 2015

Flächendeckender Breitbandausbau in Reken

Die **SPD** beantragte, Erstellung eines Konzeptes zum flächendeckenden Breitbandausbau in Reken

✓ Einstimmige Annahme mit Ergänzungen

SPD Antrag Dezember 2015

Kunstrasenplatz Klein Reken

Die **SPD** Fraktion regt an, auch einen Kunstrasenplatz auf dem Sportplatz in Klein Reken zu verlegen, ähnlich wie in Gross Reken

✓ Für das Jahr 2017 sind 5.000 € Planungskosten im Haushaltsplan eingestellt

SPD Antrag Dezember 2015

Ferienbus zum Frei- und Hallenbad für die Ortsteile Klein Reken, Bahnhof Reken, Maria Veen und Hülsten und Öffnung des Hallenbades auch am Sonntag

Die **SPD** Fraktion beantragte, in den Sommerferien einen Ferienbus zum Frei- und Hallenbad.

Die Gemeinde Reken organisiert und finanziert sinnvollerweise einen Diskobus um Jugendliche sicher zu beliebten Diskotheken, zum Centro Oberhausen oder zu den Schützenfesten in den einzelnen Ortsteilen zu bringen. Die Sicherheit der Rekener Kinder auf den Weg zum Frei- und Hallenbad scheint der CDU aber nicht so wichtig zu sein. Lieber erhöht sie die Gebühren für das Frei- und Hallenbad und schafft die beliebte Mehrfachkarte ganz ab. Familienfreundliche Öffnungszeiten am Sonntagnachmittag werden auch abgelehnt, angeblich nicht organisierbar???

✗ Abgelehnt, durch CDU und Bürgermeister

SPD Antrag Dezember 2013

Den demographischen Wandel aktiv gestalten

Die **SPD** Fraktion beantragte, die Einrichtung einer Arbeitsgruppe unter Moderation der Verwaltung, Beteiligung von Experten (z.B. „Leben im Alter“) und aller Fraktionen einzurichten, die konkrete Vorschläge dem Rat unterbreitet. Leider eine Chance vertan, Reken noch lebens- und liebenswerter zu gestalten

✗ Abgelehnt durch CDU und Bürgermeister

SPD Antrag Februar 2016

Michaelgrundschule und OGS an einem gemeinsamen Ort

Unser Ansatz die Offene Ganztagschule zur Betreuung der Grundschulkinder nach dem Unterricht und die Michaelgrundschule gemeinsam in der ehemaligen Overbergschule unterzubringen wurde noch nicht einmal in Ansatz diskutiert. Chance verpasst hier an einen gemeinsamen Ort für Grundschule, Offene Ganztagsbetreuung und Ferienhaus ein lebendiges Miteinander und kurze Wege zu ermöglichen!

✗ Chance vertan: Wir bedauern diese Entscheidung der CDU Mehrheit und ihres Bürgermeisters

SPD Antrag Dezember 2016

Unterbringung von Asylbewerbern

Leider sollen am Standort Groß Reken an der Wehrstraße weitere Unterbringungsmöglichkeiten für Flüchtlinge gebaut werden. Bis zu 100 Flüchtlinge sollen dann an diesem Standort unterkommen. Das lehnen wir entschieden ab! Die **SPD** Reken setzt sich ein für eine dezentrale Unterbringung von Asylanten

✗ Wir bedauern diese Entscheidung der CDU Mehrheit und ihres Bürgermeisters

SPD Antrag Januar 2017

Bürgerinformation über den aktuellen Stand und die Planungen zum Westmünsterland Gewerbepark A31

Bürgermeister Deitert wird mit der Abstimmung, Organisation und Durchführung einer Bürgerversammlung zum aktuellen Stand und den Planungen des Westmünsterland Gewerbepark A31 beauftragt. Diese Bürgerinformation soll nach einer Entscheidung durch den Rat der Stadt Borken zum Verbleib im Zweckverband, jedoch vor der nächsten Zweckverbandsversammlung durchgeführt werden.

✓ Einstimmig angenommen

„Wählen gehen = Pflicht

Hermann-Josef Vogt – 55 Jahre, 2 erwachsene Kinder

Liebe Rekenerin, lieber Rekener,

mit meiner Kandidatur zum Landtag möchte dazu beitragen die gute Bildungslandschaft in NRW weiter zu verbessern und vor allem möchte ich erreichen, dass der Besuch von Kindertagesstätten und Schule gebührenfrei werden.

Das Bildungssystem muss noch mehr geöffnet werden, es muss durchlässig sein. „Kein Kind zurücklassen“, „Kein Abschluss ohne Anschluss“, diese Wege einer präventiven Politik will ich weitergehen.

Ich werde mich dafür einsetzen, dass das alte Markenzeichen der Polizei „Dein Freund und Helfer“ wieder mit Gesichtern vor Ort verbunden wird. Es ist richtig vermehrt Polizistinnen und Polizisten in den Städten und Gemeinden als Bezirksbeamte auf die Straße und in die Nachbarschaften zu bringen.

Wir brauchen in unserer Region einen bezahlbaren und verlässlichen Bahn- und Busverkehr, dazu will ich die Zusammenarbeit von Land und Kreis verbessern.

Wählen gehen = Pflicht

SPD, Kraft und Vogt wählen = Kür

Vielen Dank für Ihre Unterstützung

Ihr Hermann-Josef Vogt

Hermann-Josef Vogt im Internet:

www.hermann-josef-vogt.de

f Auch auf Facebook:

Hermann-Josef Vogt mit Kraft für NRW